

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Waldshut-Tiengen,
11. Dezember 2023

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:29 Uhr

Ort: Tiengen, Öffentliche
Stadthalle Sitzung

Oberbürgermeister Martin Gruner eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit sowie korrekt erfolgte Ladung des Gemeinderates fest. Auf Nachfrage gibt es gegen die Protokolle der letzten Sitzungen keine Einwände.

Martin Gruner weist darauf hin, dass eine Teilnahmeliste für die anstehenden Bürgerversammlungen der Ortschaften unter den Gemeinderäten herumgereicht werde.

102.

Bürgerfragestunde

Ein Bürger bezieht sich auf Fahrradabstellmöglichkeiten und fragt, wo sich diese in der Nähe der Stadthalle Tiengen befinden würden. Oberbürgermeister Martin Gruner verweist auf die Abstellmöglichkeiten an den benachbarten Schulen Klettgau-Gymnasium und Realschule.

Der Bürger fragt außerdem, welches Signal gesendet werde, wenn an der Haltestelle Scheffelhof die Straße geräumt, der Weg für Fahrradfahrer und Fußgänger aber stark vereist sei. Der Bürger zeigt ein Bild der Haltestelle. Oberbürgermeister Martin Gruner erklärt, dass Prioritäten gesetzt werden müssten – auch beim Winterdienst. Das Thema könne beim Leiter des Baubetriebshofes angesprochen werden, es könne allerdings nicht immer alles sofort erledigt werden. Dabei gehe es nicht darum, eine Gruppe zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Mit der vorhandenen Anzahl an Personal sei es nicht machbar, alle Aufgaben immer sofort zu erledigen. Auf erneute Nachfrage des Bürgers verweist Oberbürgermeister Martin Gruner darauf, dass es sich um eine Fragestunde handle. Die Stadt sei komplex und vielfältig und es gebe verschiedenste Interessen. Die Unterstellung, dass das Signal ein Negatives sei, könne er so nicht bestätigen.

103.

Information zum Bauvorhaben Feuerwehr-Kita

Oberbürgermeister Martin Gruner informiert über das Bauvorhaben Feuerwehr-Kita. Diverse Ämter hätten alles darangesetzt, Feuerwehr und Kita bezugsfertig zu machen. Bisher sei das aufgrund der ausstehenden Mängelbeseitigung nicht möglich gewesen. Er begrüßt den Architekten Gerold Müller, der die Mängelbeseitigung mit vorgenommen habe. Die größeren Mängelpunkte seien bis Donnerstag erledigt worden. Die Feuerwehr sei ab nächster Woche freigegeben und es könne mit der Umzugsplanung begonnen werden. Er dankt Bürgermeisterin Petra Dorfmeister, die das Vorhaben gemanagt habe. Die Kita könne ab Januar Zug um Zug mit weiteren Gruppen beginnen.

104.

Haushalt 2024

Beschlussfassung

Oberbürgermeister Martin Gruner führt in das Thema ein und begrüßt Kämmerer Martin Lauber.

Kämmerer Martin Lauber erläutert die vom Verwaltungs- und Sozialausschuss in der Vorberatung am 27. November empfohlenen Änderungen gegenüber dem Haushaltsentwurf sowie die von der Verwaltung vorgenommenen Korrekturen und die sich hieraus ergebenden Änderungen der Eckdaten.

Im Anschluss an diese Erläuterungen gibt Oberbürgermeister Martin Gruner den Sprechern und Sprecherinnen der einzelnen Fraktionen Gelegenheit, zum Haushalt 2024 Stellung zu nehmen und Änderungsanträge zu stellen. Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen greifen in ihren Reden verschiedene Aspekte des Haushaltes und der aktuellen Herausforderungen für Kommunen auf. Änderungsanträge werden keine gestellt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Haushaltsplan für das Jahr 2024 mit den vorgelegten Änderungen.

Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2024.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

105.

Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Gebührenkalkulation und Gebührensatzung Abwassergebühren 2024

Oberbürgermeister Martin Gruner informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der Zustimmung empfehle.

Beschluss:

1. Der Gebührenkalkulation der Allevo Kommunalberatung vom 28.11.2023 wird zugestimmt. Die Stadt erhebt Gebühren für ihre öffentliche Einrichtung Abwasserbeseitigung und verwendet als Gebührenmaßstab den gesplitteten Maßstab, bei dem die Kosten nach Schmutz- und Niederschlagswasserbeseitigung aufgeteilt werden. Der Schmutzwasseranteil wird nach dem Frischwassermaßstab bemessen. Der Niederschlagswasseranteil wird nach den angeschlossenen bebauten und befestigten Flächen aufgeteilt. Den in der Gebührenkalkulation enthaltenen Abschreibungssätzen, Zinsansätzen, der Abschreibungs- und Verzinsungsmethode sowie den weiteren Ermessens- und Prognoseentscheidungen (siehe Erläuterungen Ziffer 11 der Anlage 1 - Gebührenkalkulation Allevo 2024) wird ausdrücklich zugestimmt.

2. Gebührensatzung Auf der Grundlage der vorliegenden Kalkulation werden die Abwassergebühren unter Berücksichtigung des unter Ziffer 10 (Anlage 1) beschriebenen Ausgleichs von Vorjahresergebnissen ab dem 01.01.2024 wie folgt festgesetzt:

Schmutzwassergebühr 2,41 €/m³

Niederschlagswassergebühr 0,44 €/m²

3. Der Gemeinderat beschließt, zum Ausgleich der Gebührenüberschüsse aus Vorjahren im Wirtschaftsplan 2024 Erträge beim Sachkonto 3582200 „Auflösung von Gebührenüberschüssen aus Vorjahren“ in Höhe von 674.630 € einzustellen und somit auszugleichen.

Die restlichen Überschüsse in Höhe von 1.177.557 € werden auf die Folgejahre vorgetragen.

4. Aufgrund der sich für den Kalkulationszeitraum 2024 ändernden Gebührensätze für das Schmutz- und das Niederschlagswasser wird § 43 der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung – AbwS) der Stadt Waldshut-Tiengen vom 23.07.2012 mit Wirkung vom 01.01.2024 gerändert.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

Die Sitzungsvorlage ist dem Protokoll beigefügt.

106.

Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung

Beschluss Wirtschaftsplan 2024

Oberbürgermeister Martin Gruner informiert über das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der Zustimmung empfehle.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung für das Jahr 2024.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

107.

Kommunale Wärmeplanung

Beschlussfassung

Oberbürgermeister Martin Gruner führt in das Thema ein und begrüßt Nicolai Müller, Stadtwerke. Nicolai Müller berichtet über die stattgefundene Bürgerbeteiligung im Rahmen einer Online-Veranstaltung.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, merkt an, dass die Nahwärmeversorgung ein Hauptaspekt der kommunalen Wärmeplanung sei. Er bittet daher um zeitnahe Auseinandersetzung, wie das Wärmenetz in Sanierungsgebieten umgesetzt werde, da es sich ansonsten um einen „Papiertiger“ handle. Oberbürgermeister Martin Gruner sagt zu, dass bei den Sanierungen ein Augenmerk darauf gerichtet werde.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, wünscht sich eine zeitnahe Priorisierung der Maßnahmen, die in den kommenden Jahren anstehen. Oberbürgermeister Martin Gruner sagt zu, dass eine Priorisierung vorgenommen und darüber informiert werde. Er habe noch diese Woche einen Termin mit Nicolai Müller.

Auf Nachfrage von Stadträtin Anette Klaas, FDP-Fraktion, berichtet Oberbürgermeister Martin Gruner über die Online-Veranstaltung zur kommunalen Wärmeplanung.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den kommunalen Wärmeplan für die Stadt Waldshut-Tiengen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss

108.

Kindergarten St. Josef Außenanlage

Vergaben Erd-, Kanal- und Betonarbeiten und Außenanlagearbeiten inkl. ÜPL

Oberbürgermeister Martin Gruner führt in das Thema ein und bezieht sich auf das Ergebnis der Vorberatung im Bau- und Umweltausschuss, der Zustimmung empfehle.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Erd-, Kanal- u. Betonarbeiten an das Bauunternehmen Tobias Berger aus Herrischried und die Außenanlagearbeiten an die Firma Fischerlandschaftsbau GmbH aus Bonndorf zu vergeben und dafür im Haushaltsjahr 2023 überplanmäßige Mittel in Höhe von 180.000€ zu bewilligen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

109.

Ersatzbeschaffung von Parkscheinautomaten

Oberbürgermeister Martin Gruner begrüßt Hauptamtsleiter Norbert Bodmer. Norbert Bodmer erläutert die Sitzungsvorlage sowie die Notwendigkeit der Parkscheinautomaten und anstehende Neuerungen.

Stadtrat Maximilian Wagner, CDU-Fraktion, bittet um eine Übersicht, wie häufig das Handyparken (Fa. Parkster) seit dessen Einführung anteilig genutzt werde. Er hätte den Tagesordnungspunkt am liebsten vertagt. Da der Vertrag allerdings bereits am 31.12. auslaufe, sei keine Verschiebung notwendig - er hätte sich allerdings mehr Informationen gewünscht. Rechts- und Ordnungsamtsleiter Ralph Albrecht sagt zu, dass die Angaben nachgereicht werden. Man habe in diesem Jahr die 20 % Marke des Anteils an Handyparken erreicht.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Auftrag an die Fa. Gleichauf, Villingen-Schwenningen zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

110.

Anlagen zur Geschwindigkeitsüberwachung im Straßenverkehr („Blitzer“)

Oberbürgermeister Martin Gruner begrüßt Ralph Albrecht, Leiter des Rechts- und Ordnungsamtes. Ralph Albrecht bezieht sich auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 29.06.2023 und erläutert das bisherige Vorgehen.

Ralph Albrecht stellt verschiedene Optionen zur Geschwindigkeitsüberwachung vor. Er präsentiert außerdem Standorte für festinstallierte Blitzeranlagen und stellt klar, dass hierfür Parkflächen wegfallen würden. Oberbürgermeister Martin Gruner befürwortet den Vorschlag eines Anhängers zum testweisen Einsatz an verschiedenen Stellen. Ralph Albrecht beantwortet Fragen aus dem Gremium.

Auf Nachfrage von Stadtrat Waldemar Werner, CDU-Fraktion, erklärt Ralph Albrecht, dass der Gemeindevollzugsdienst den ruhenden Verkehr und die Verkehrsüberwachung im Schichtsystem von 6 Uhr morgens bis 20 Uhr abends überwache. Außerhalb dieser Zeiten erfolge in der Regel keine Überwachung. Es dürfe mit einem Blitzeranhänger auch außerhalb der Ortschaften gemessen werden, allerdings nicht außerhalb des Stadtgebietes.

Stadtrat Armin Arzner, CDU-Fraktion, gibt zu bedenken, dass die notwendige Sachbearbeitung im Innendienst fehle, um die Ergebnisse des Blitzzeranhängers zu bearbeiten. Oberbürgermeister Martin Gruner sieht dafür die Testphase von Vorteil, da zunächst gesehen werden könne, was eine Blitzzeranlage an Arbeitsbelastung bedeute.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, lehne den Antrag ab. Zur Entschärfung eines Unfallschwerpunktes würde er die Maßnahme für sinnvoll halten. Allerdings sei die Stadt nicht mit flüssigem Verkehr gesegnet. Die Bürger sollten daher nicht durch Blitzer gegängelt werden - das sei für ihn kein Verständnis einer bürgerfreundlichen Stadt. Harald Würtenberger bezieht sich auf die Stadt Bad Säckingen und stellt klar, dass er keine stationären oder teilstationären Blitzer zur Aufbesserung der städtischen Kasse möchte.

Stadträtin Claudia Hecht, SPD-Fraktion, betont, dass der Hintergrund des Antrags insbesondere die Lärmbelästigung zwischen 23 und 3 Uhr sei. Ralph Albrecht erklärt, dass mit dem Anhänger ein Betrieb rund um die Uhr möglich sei.

Stadträtin Nathalie Rindt, CDU-Fraktion, bezieht sich auf die in der Präsentation gezeigte Anzahl an LKWs, die durch Gurtweil fahren und zeigt sich gespannt, welche Änderungen sich für Gurtweil durch die Lärmaktionsplanung ergeben werden.

Stadträtin Anette Klaas, FDP-Fraktion, berichtet über ihre persönlichen Erfahrungen und erklärt, dass sie den Vorschlag eines Blitzzeranhängers unterstütze.

Ralph Albrecht erklärt nach Hinweis von Stadtrat Lorenz Eschbach, GRÜNE-Fraktion, dass ihm bisher kein gerichtsfester Lärmblitzer bekannt sei. Es gebe Geräte, die sich aktuell in der Prüfungsphase des Landratsamtes befänden. Hier habe die Stadt ihr Interesse bekundet.

Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, stellt klar, dass er grundsätzlich nicht für Blitzer und Geschwindigkeitsmessungen sei. Den Blitzzeranhänger probeweise zu testen halte er allerdings für keine schlechte Idee.

Ralph Albrecht erklärt auf Nachfrage von Stadtrat Maximilian Wagner, CDU-Fraktion, dass die Versicherung inkludiert sei und es eine „Standleitung“ zum Hersteller gebe, der so überprüfen könne, wie der aktuelle Zustand des Gerätes sei.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, stimmt zu, dass sich eine Testphase gut anhöre. Für ihn stelle sich allerdings die Frage, was dabei herauskomme. Was gemessen werde, müsse auch verarbeitet werden und dadurch werde der Arbeitsaufwand steigen. Für ihn mache es keinen Sinn eine Testphase zu starten, wenn der nächste Schritt – die Aufstockung von Personal – nicht gemacht werde. Einziger Vorteil sei für ihn, dass der Blitzer außerhalb der Betriebszeiten laufen könne. Er werde den Beschlussantrag ablehnen, da die Folgen für ihn nicht absehbar seien.

Oberbürgermeister Martin Gruner geht darauf ein, dass die Testphase eine gewisse Mehrarbeit mitbringen werde. Allerdings werde die Verwaltung häufig mit diesem Thema konfrontiert und in der Sitzung sei nun von Ralph Albrecht dargelegt worden, welche Möglichkeiten es gebe. Am Ende sei es die Entscheidung des Gemeinderates.

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, eine halbstationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlage – sog. Blitzzeranhänger – für einen Zeitraum von sechs Monaten im Kalenderjahr 2024 mietweise einzusetzen und zur gegebenen Zeit über die gewonnenen Erkenntnisse im Gemeinderat zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

14 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

111.

Entschädigungssatzung für ehrenamtlich Tätige**Neufassung**

Oberbürgermeister Martin Gruner führt in das Thema ein. Julia Ritz, Hauptamt, erläutert den neuen Satzungsentwurf und beantwortet Fragen aus dem Gremium.

Stadtrat Armin Arzner, CDU-Fraktion, regt an, dass die Regelung für Wahlvorstände bereits ab 01.01.2024 Inkrafttreten sollte, sodass die Wahlhelfer bei der Kommunalwahl im Juni den neuen Entschädigungssatz erhalten. Oberbürgermeister Martin Gruner erklärt, dass man sich auf ein Datum des Inkrafttretens einigen sollte.

Stadträtin Petra Thyen, GRÜNE-Fraktion, spricht sich für ein Inkrafttreten ab dem 01.08.2024 aus.

Stadträtin Adelheit Kummle, FW-Fraktion, regt eine Regelung ab dem 28.07.2024 an, da die erste Sitzung des neu gewählten Gemeinderates bereits am 29.07.2024 stattfinden solle.

Stadtrat Harald Würtenberger, FW-Fraktion, spricht sich dafür aus, dass eine Satzung ab dem 01.01.2024 in Kraft treten solle und stellt hierzu einen Antrag.

1. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass die Satzung zur Neuordnung der Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit zum 01.01.2024 in Kraft tritt.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
10 Nein-Stimmen
7 Enthaltungen

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Des Weiteren wird der Antrag gestellt, dass die Satzung ab dem 01.07.2024 in Kraft treten solle.

2. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, dass die Satzung zur Neuordnung der Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit zum 01.07.2024 in Kraft tritt.

Abstimmungsergebnis:

12 Ja-Stimmen
11 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

Somit ist der Antrag beschlossen und Oberbürgermeister Martin Gruner ruft zum Beschluss über den vorgestellten Satzungsentwurf im Gesamten auf.

3. Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Neuordnung der Entschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit als Satzung gemäß beigefügtem Satzungsentwurf mit Wirkung zum 01.07.2024.

Abstimmungsergebnis:

25 Ja-Stimmen
1 Enthaltung

Der Satzungsentwurf ist dem Protokoll beigefügt.

112.

Feuerwehr-Entschädigungssatzung**Neufassung**

Oberbürgermeister Martin Gruner führt in das Thema ein und begrüßt die anwesenden Mitglieder der Feuerwehr sowie Peter Wolf, Feuerwehrkommandant. Peter Wolf erläutert den Hergang der Entschädigungssatzung.

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, erklärt, dass in der Fraktion die Anregung aufgekommen sei, einen Anreiz bzw. ein Dankeschön für die (Jugend-) Feuerwehrmitglieder zu schaffen, z.B. freier Eintritt in das Schwimmbad. Peter Wolf erklärt, dass dieses Thema bereits aufgekommen sei, es allerdings juristisch nicht unumstritten sei.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr Waldshut-Tiengen nach § 16 FwG (Feuerwehr-Entschädigungssatzung – FwES) gemäß beigefügtem Satzungsentwurf.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

Der Satzungsentwurf ist dem Protokoll beigefügt.

113.

Ergebnisse aus den Ausschusssitzungen

Bürgermeisterin Petra Dorfmeister berichtet über die vorangegangene Sitzung des Bau- und Umweltausschusses. Oberbürgermeister Martin Gruner berichtet über die vorangegangene Sitzung des Verwaltungs- und Sozialausschusses.

114.

Spenden

Oberbürgermeister Martin Gruner verliest Spenden gemäß beigefügter Zusammenstellung.

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die Entgegennahme und Weiterleitung der in beigefügter Zusammenstellung aufgeführten Spenden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

115.

Bekanntgaben

Es gibt keine Bekanntgaben.

Verschiedenes

116.1. Mitteilungen der Verwaltung

Erweiterungsbau Grund- und Werkrealschule Gurtweil

Bürgermeisterin Petra Dorfmeister berichtet, dass der Rohbau des Erweiterungsbaus aufgrund der schlechten Wettersituation nicht fertiggestellt werden konnte. Es werde sich daher voraussichtlich ein Verzug von ca. zwei bis drei Monaten ergeben – der genaue Verzug auf die Folgegewerke lasse sich noch nicht absehen.

Holzbrücke Tiengen

Bürgermeisterin Petra Dorfmeister begrüßt Tiefbauamtsleiter Theo Merz. Theo Merz berichtet, dass vor vier Wochen die Hauptprüfung der Brücke stattgefunden habe. Dabei seien unerwartete Schäden entdeckt worden, welche zu der Aussage des Prüfenieurs führten, dass die Brücke einsturzgefährdet sei und gesperrt werden müsse. Die Brücke solle nun repariert werden, sodass sie wieder für Fußgänger und Pferde begehbar ist. Anhand einer Präsentation stellt Theo Merz den Aufbau der Brücke vor. Mit den Reparaturarbeiten sollte heute begonnen werden, aber die Wutach befinde sich im Hochwasserbett. Voraussichtlich im Januar könne mit den Reparaturarbeiten begonnen werden, sodass die Brücke Anfang des Jahres wieder begehbar sei.

Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass bei einer Sanierung der Brücke auch die fehlenden Ziegel erneuert werden sollten, da das unter normalen Umständen schwierig sei.

116.2. Anfragen

Überquerung Hotzenblock

Stadträtin Daniela Tayari, GRÜNE-Fraktion, weist daraufhin, dass in Tiengen auf der Höhe von „Hotzenblock“ aktuell keine sinnvolle Querung – insbesondere für Kinder – möglich sei.

Waldwege Aarberg

Stadtrat Dr. Philipp Studinger, CDU-Fraktion, erwähnt, dass die Waldwege rund um den Aarberg in schlechtem Zustand seien und fragt, wann diese wiederhergerichtet werden.

Weihnachtsbeleuchtung

Stadtrat Peter Kaiser, CDU-Fraktion, regt an, dass die Weihnachtsbeleuchtung in Tiengen auch bis 23 oder 24 Uhr leuchten sollte. Im Moment gehe diese um 22 Uhr aus. Oberbürgermeister Martin Gruner erklärt, dass das Thema aktuell bei den Stadtwerken zur Prüfung sei.

Wildgehege

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, weist darauf hin, dass die Schäden im Wildgehege immens seien und behoben werden müssten. Er regt an, ob jemand aus dem Baubetriebshof die Möglichkeit habe das Wildgehege dabei zu unterstützen.

Case Managerin

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, bezieht sich auf einen Zeitungsbericht über die Einstellung einer Case Managerin für das Medizinische Versorgungszentrum Jestetten. Er regt an, die Case Managerin zum Gespräch einzuladen.

Solaranlagen auf Freiflächen

Stadtrat Thomas Hilpert, FW-Fraktion, bezieht sich auf geplante Solaranlagen auf Ackerflächen. Negativ sei seiner Meinung, dass nur Ackerflächen in Frage kämen. Diese seien notwendig zu Ernährung der Menschen und Tiere. Außerdem sollen die Anlagen von auswärtigen Firmen umgesetzt werden, es sei aber wichtig, dass diese so regional wie möglich umgesetzt werden. Thomas Hilpert fragt, wie weit diese Vorhaben fortgeschritten sind und bittet um den neusten Stand.

Oberbürgermeister Martin Gruner bestätigt, dass es die Überlegungen gebe und auch Investoren, die in den Ortschaften vorstellig seien. Allerdings sei es nicht so, dass diese Anlagen nur auf Ackerflächen errichtet werden könnten. Es gebe zwar Beschränkungen, allerdings gebe es auch Altlastenflächen auf denen man sich diese Anlagen vorstellen könnte. Bevor etwas gebaut werde sei ein Bebauungsplan notwendig für den der Gemeinderat beteiligt werden müsse. Man sei außerdem zur Klärung, wo Wind- und Solaranlagen sinnvoll aufgestellt werden könnten, im Gespräch mit dem Regionalverband. Bürgermeisterin Petra Dorfmeister ergänzt, dass das Thema auf der Agenda für eine Stadtentwicklungsausschuss-Sitzung stehe.

Rhein-Beleuchtung

Stadtrat Harald Ebi, FDP-Fraktion, bittet um Überprüfung, ob die Beleuchtung am Rhein noch funktioniert, diese sei zwischenzeitlich ausgefallen. Er bittet um Überprüfung, ob diese mittlerweile repariert sei.

Gez.

Gez.

Martin Gruner
Oberbürgermeister

Julia Ritz,
Protokollführerin